

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR • GEGRÜNDET 1870

Rassismus von Fall zu Fall

Christian Weisflog

Driftet Russland ungehindert in den Faschismus ab? Oder greifen die Behörden nun endlich hart durch, nachdem sie die nationalistische Gefahr erkannt haben? Zwei Ereignisse rückten diese Fragen in den vergangenen Wochen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion und suggerierten dabei widersprüchliche Antworten: Zum einen das antikaukasische Pogrom in Kareliden und zum anderen die Verurteilung des Synagogen-Attentäters Alexander Kopzew zu 16 Jahren Gefängnis, wegen versuchten Mordes und Anstiftung zu Rassenhass.

Das Anfang September an Kaukasien verübte Pogrom in der karelischen Kleinstadt Kondopoga bestärkt das Bild eines grassierenden Rassismus in der russischen Gesellschaft. Nachdem bei einer Massenschlägerei in einem aserbaidjanischen Café drei Russen ums Leben kamen, forderten mehrere Hundert Demonstranten die Ausweisung aller Kaukasier. Nationalistische Organisationen nutzten den Volkszorn, um vor Ort und in ganz Russland für ihre Sache zu agitieren. Danach entlud sich in Kondopoga die Wut gegen „kaukasisches“ Eigentum: Das aserbaidjanische Café und Spielhöhlen gingen in Flammen auf, Marktstände wurden geplündert und Autos zerstört. Über 200 Kaukasier verließen die Stadt in Panik. „Wir können eure Sicherheit nicht garantieren“, sollen die Behörden ihnen mitgeteilt haben, schreibt der Kommersant.

Handelte die Staatsgewalt in Kondopoga unentschlossen, deutet das Mitte September gefällte Urteil gegen Alexander Kopzew auf eine härtere Ahndung der rechtsextremen Gewalt und Propaganda hin, die von Menschenrechtlern seit langem gefordert wird. Kopzew drang Anfang des Jahres in eine Moskauer Synagoge ein, um wahllos auf die Besucher einzustechen. „Juden, ich hasse euch alle, ich bringe euch alle um“ und „Heil Hitler“ schrie der 20-Jährige dabei. Nachdem er in erster Instanz wegen versuchten Mordes aus rassistischen Motiven zu einer Haftstrafe von 13 Jahren verurteilt wurde, erhielt er nun im Berufungsverfahren zusätzliche drei Jahre, weil er laut dem neuen Urteil mit seiner Tat den Rassenhass schürte. Das in erster Instanz gefällte Verdikt wurde im Juni vom Obersten Gerichtshof aufgehoben.

Jedoch scheinen sich weder aus den Ereignissen in Kondopoga noch anhand des Falls Kopzew richtungsweisende Entwicklungen ableiten zu lassen.

Fortsetzung auf Seite 8



Foto: Christian Weisflog

Rückkehr nach 90 Jahren: Eine Ehrenwache bringt in Kopenhagen die sterblichen Überreste der letzten Zarenmutter, Maria Fjodorowna, an Bord eines dänischen Militärschiffs. In der Petersburger Peter-und-Pauls-Kathedrale soll sie an der Seite ihres Mannes Alexander III. ihre letzte Ruhe finden. Lesen Sie dazu unsere Beiträge auf den Seiten 1 und 16.

Stichworte

„Wer seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Vaterland vernachlässigt, soll zahlen.“

Nikolaj Gerassimenko, Vize-Vorsitzender des Duma-Komitees für Gesundheitsschutz, zu seiner Initiative, die Steuer für Kinderlose aus Sowjetzeiten wieder einzuführen.

„Wenn der Westen schimpft und uns einzuschüchtern versucht, ist bei uns alles in Ordnung.“

Nikolaj Kurjanowitsch, Mitglied des Duma-Sicherheitsrates, zu einem Geheimpapier mit vermuteten Strategien der USA gegenüber Russland.

„Wahrscheinlich ist das unsere Mentalität: den Baumstamm im eigenen Auge nicht zu bemerken, aber das Staubkorn im fremden.“

Fußball-Schiedsrichter Igor Jegorow zu den permanenten Angriffen auf russische Referees von Seiten der Klubs, Trainer, Spieler und Fans.

„Die Gerechtigkeit auf den Straßen zu senken, ist jener Beitrag, den das Parlament leisten kann. Denn die Situation ist unerträglich: Jährlich sterben bei Verkehrsunfällen 30 000 Russen.“

Der Duma-Vorsitzende Boris Gryslow zu einem Gesetzesentwurf, nach dem die Abgeordneten auf Blaulicht und Sonderkennzeichen an ihren Autos verzichten müssten.

Wiedervereinigung mit der Geschichte

Als sie St. Petersburg vor 90 Jahren verließ, mitten im Ersten Weltkrieg und vermeintlich vorübergehend, plagten Maria Fjodorowna die schlimmsten Vorahnungen. Die Witwe von Alexander III. und Mutter von Nikolaj II. erlebte in Kiew und auf der Krim dann auch das Ende der Romanow-Dynastie mit. Die Hauptstadt des Zarenreiches sah sie nie wieder, starb 1928 in Dänemark, ihrer ersten Heimat. Am 28. September wird die Asche der einstigen dänischen Prinzessin Dagmar in der Peter-und-Pauls-Festung beigesetzt – wieder ein Stück Wiedervereinigung Russlands mit seiner vorrevolutionären Geschichte.

Tino Künzel

Die Familienzusammenführung post mortem geht auf Bestrebungen der heutigen Romanows zurück, die im Ausland leben. Sie hatten sich bereits vor geraumer Zeit mit einem entsprechenden Ersuchen an den Kreml gewandt. Zwar gebe es nichts Testamentarisches, doch es sei zweifellos der Wunsch von Maria Fjodorowna gewesen, an der Seite ihres Mannes, ihrer Kinder und Enkel bestattet zu werden. Präsident Wladimir Putin hatte das Ansinnen mit einem Brief an Däne-

marks Königin Margarethe II. unterstützt. In der Folge wurden beiderseits Komitees gebildet, Beschlüsse gefasst und die Vorbereitungen koordiniert, was noch einmal mehrere Jahre in Anspruch nahm.

Die zeremonielle Überführung des Sarges aus Dänemark nach Russland dauert fast eine Woche. Sie hat am 22. September mit einem orthodoxen Gottesdienst in der Krypta des Doms von Roskilde begonnen, wo die Mitglieder des dänischen Königshauses begraben sind. Am darauf folgenden Morgen nahmen Angehörige der Königsfamilie, Vertreter von Regierung,

Parlament und diplomatischem Korps an einem Gedenkgottesdienst teil. Dann wurde der Katafalk nach Kopenhagen gebracht, eskortiert von der Husarengarde. Eine dänisch-russische Ehrenwache schulterte den Sarg im Hafen auf ein Militärboot, das am 24. September unter Salutschüssen Richtung Kronstadt in See stach und dort von der russischen Flotte empfangen wurde. Am 26. September traf die Prozession in Peterhof ein, wo Maria Fjodorowna vor genau 140 Jahren erstmals russischen Boden betreten hatte, 18-jährig. Am 28. September kulminieren die Feierlichkeiten mit einer Liturgie in Zarskoje Selo, einem Gottesdienst in der St. Petersburger Isaak-Kathedrale, abgehalten von Patriarch Alexij II., und schließlich der Beisetzung in der Peter-und-Pauls-Festung. Zu dem Großereignis haben sich 400 Journalisten akkreditieren lassen. Erwartet werden zahlreiche Repräsentanten europäischer Königshäuser, darunter der dänische Kronprinz Frederik und seine Gemahlin Mary.

Begleitet wird der Festakt in Russland von Ausstellungen und Konzerten. Dänemarks Botschafter Per Carlsen sieht in der Fülle von Veranstaltungen einen weiteren Schritt zur Auseinandersetzung mit vorrevolutionärer Geschichte. „Ich weiß, dass das Interesse der Russen an diesem Teil ihrer Geschichte in den letzten Jahren spürbar gewachsen ist, einer Geschichte, die von der Entwicklung der Beziehungen Russlands zum übrigen Europa geprägt war.“ Vor einigen Jahren war bereits die letzte Zarenfamilie um Nikolaj II., 1918 in Jekaterinburg von den Sowjets erschossen, in St. Petersburg beigesetzt worden.

Historiker halten Maria Fjodorowna für eine der herausragenden Frauenfiguren in der russischen Geschichte. „Eine schillernde Persönlichkeit, die der Kunst und Wohltätigkeit zugetan war und die politische Lage nicht nur in Russland ausgezeichnet zu erfassen vermochte“, sagt Wladimir Koslow, Leiter der Föderalen Archivbehörde. Über Maria Fjodorowna lesen Sie bitte auf Seite 16 weiter.

Seite 6

Neuer Markt: Niedersachsens Landeschef Christian Wulff reist mit einer Delegation durch Russland. Die MDZ berichtet auf zwei Sonderseiten.



Seite 9



Neue Stadt: In Kaliningrads Zentrum soll das Königsberger Schloss auferstehen.

Seite 15

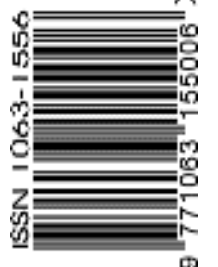
Neues Theater: Das Festival Nowaja Drama provozierte mit heißen Themen und holte den Zuschauer auf die Bühne. Ein Rückblick auf die besten Momente.



Seite 17



Neue Erfahrung: Hoch zu Ross durch Kirgisien. Eine Reportage aus der Welt der Nomaden.



Die nächste Ausgabe erscheint am 11. Oktober

www.mdz-moskau.eu

Wenn die Freundschaft über Menschenleben geht

Russland liefert usbekische Flüchtlinge aus, obwohl ihnen in der Heimat Folter und unfaire Prozesse drohen

Obwohl Russland rechtlich an die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten gebunden ist, führte Moskau bereits zahlreiche usbekische Regimekritiker in ihr Heimatland zurück. Dort drohen ihnen Folter und langjährige Haftstrafen. Menschenrechtler, Usbeken in russischen Untersuchungsgefängnissen und geheimen Unterschlupfen warten nun auf eine rettende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs. Die MDZ sprach mit einem untergetauchten Usbeken.

Maike Lindner

Machmud Saimow (Name geändert) lebt seit einigen Wochen versteckt in einem Hinterhaus im Zentrum von Moskau. Er ist vor zwei Jahren nach Russland gekommen, weil er für sein Engagement in der Menschenrechtsorganisation Ergulik vom Regime verfolgt wurde. „1999 gab es für mich nur noch zwei Wege: Entweder ich engagiere mich politisch oder ich höre auf, Mensch zu sein. Ich entschied mich dafür, als Mitglied von Ergulik den Menschen in Usbekistan die Wahrheit über ihr Land zu sagen und sie zu kritischen Bürgern zu erziehen“, erzählt Saimow. In den folgenden Jahren gehörte der junge Mann zu einem Netzwerk, das vor allem über die Verteilung der Zeitschrift „Harakat“ in russischer und usbekischer Sprache versuchte, eine Basis für die schwache demokratische Bewegung zu schaffen. Sie wird in Washington, dem Exil des ehemaligen Führers der einst mächtigen Bürgerrechtsbewegung Birlik, gedruckt. Bis vor kurzem konnte „Harakat“ auf geheimen Wegen in das seit 1991 diktatorisch regierte Usbekistan geschmuggelt werden.

Im Sommer 2004 wurde jedoch der usbekische Geheimdienst auf Machmud Saimow aufmerksam, wahrscheinlich im Zusammenhang mit den Wahlvorbereitungen im Oktober des Jahres, zu denen sich ein Verwandter Saimows aufstellen lassen wollte. Seine Wohnung wurde überwacht, die Kandidatur durch den usbekischen Geheimdienst verhindert und nach tagelangen Verhören und erzwungenen Unterschriften verließ Saimow Ende Oktober im letzten Moment Usbekistan. „Wenn ich hätte zugeben müssen, wer ‚Harakat‘ verteilt, wären die letzten Demokraten verschwunden.

Informationen sind die gefährlichste Waffe in Usbekistan“, sagt Saimow.

Dabei hatte er zunächst Glück, konnte trotz einigem Hin und Her mit Miliz und FSB legal in der Oblast Nischnij Nowgorod leben und arbeiten. Doch durch eine Reihe ungünstiger Zufälle verlor er im Sommer 2005 seinen Pass. Aus diesem Grund wurde nun sein Gesuch auf zeitweiligen Flüchtlingsstatus für sich und seine nachgezogene Familie schon von zwei Instanzen abgelehnt. „Ohne Pass kein Asyl. Das ist eine komische Logik. Wenn ich einen neuen Pass beantragen wollte, müsste ich zur usbekischen Botschaft gehen. Dort würde man mir höchstens eine Rückfahrkarte ausstellen.“ Rechtliche Unterstützung findet der Flüchtling bei der Menschenrechtsorganisation Graschdankojke Sodejstwiye. Trotzdem ist nicht gesagt, dass sich die letzte Instanz nun für sein Bleiberecht ausspricht. Deshalb ist Machmud Saimow vor einiger Zeit sicherheitsshalber untergetaucht und seine größte Freiheit ist es, eine Zigarette vor der Tür seines Hauses zu rauchen.

Damit ist seine Situation aber immer noch besser als jene seiner 13 Landsleute, die seit einem Jahr in einem Gefängnis der Region Iwanowo sitzen. Dort wurden sie nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes im ostusbekischen Andischan vom 13. Mai 2005 festgenommen. Die meisten von ihnen waren nach eigenen Angaben als Geschäftsleute tätig. Trotzdem wurden sie von den usbekischen Behörden der Beteiligung an den Unruhen, Unterstützung der verbotenen islamistischen Organisation „Akramia“ und Finanzierung „terroristischer“ Aktivitäten beschuldigt. Laut Menschenrechtsorganisationen wie Memorial oder Amnesty International haben die russischen Behörden seit der Verhaftung der Männer mas-

siv und wiederholt gegen nationale und internationale Gesetze verstoßen: Die usbekischen Staatsbürger wurden nur auf Verdacht hin und teilweise unter Anwendung von Gewalt festgenommen, der Haftbefehl traf erst später bei der russischen Miliz ein, die von Anfang an mit dem usbekischen Geheimdienst zusammenarbeitete. Die Männer berichten von Schlägen und Tritten während der Verhöre, Anklage und Strafmaß wurden auch nach gerichtlichen Entscheidungen nach Gutdünken der Staatsanwaltschaft verändert, medizinische Versorgung und Kontakt zu den Anwälten und Familien sollen

heiten und hat sich damit verpflichtet, die Rechte aller Menschen zu wahren und politisch oder religiös Verfolgten einen zeitweiligen Flüchtlingsstatus oder Asyl zu gewähren.

In den vergangenen Jahren mussten trotz dieser Vereinbarungen immer wieder Verstöße russischer Miliz-, Geheimdienst- und Militärangehöriger gegen nationales und internationales Recht festgestellt werden, die nur selten Gerichtsverfahren nach sich zogen. Seit den Ereignissen in Andischan sind vor allem Usbeken von dieser Praxis betroffen. Viele der Inhaftierten lebten zuvor

Russland bisher trotzdem an ihrer Auslieferung festhält, hoffen die Gefangenen und Menschenrechtsorganisationen auf eine baldige Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs. Laut Swetlana Gannuschkina von Memorial sollte diese in wenigen Wochen das Schicksal der Usbeken zum Besseren wenden: „Nur eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs wird Putin dazu zwingen können, sich an nationales und internationales Recht zu halten. Im Moment ist die Freundschaft zwischen dem russischen Präsidenten und Karimow stärker als das Gesetz.“ Auf die Frage nach den Interessen Russlands an der Abschiebung hat die Menschenrechtlerin zwei Antworten: „Russland hat wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen. Nur eine Zusammenarbeit mit dem Regime des usbekischen Regierungschefs ermöglicht lukrative Handelsbeziehungen mit der ehemaligen Sowjetrepublik. Außerdem betrachten beide Seiten die Verhaftung usbekischer Regimekritiker als Teil ihres gemeinsamen Kampfes gegen den Islamismus.“ Gannuschkina bezeichnet die schon erfolgten Abschiebungen sogar als „Menschenhandel“, denn es sei sehr wahrscheinlich, dass die russischen Sicherheitsdienste von Karimow persönlich für jeden einzelnen ausgelieferten Usbeken belohnt würden.

Eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs würde auch Machmud Saimows Status in Russland klarstellen und ihn ins öffentliche Leben zurückkehren lassen. Doch was er dann tun würde, weiß er noch nicht: „Das Wichtigste ist jetzt, dass ich auch ein Versteck für meine Frau und unsere gemeinsame Tochter finde. Sonst werden die beiden alleine nach Usbekistan abgeschoben.“ Sie sind die einzigen Menschen aus der Heimat, zu denen Saimow noch Kontakt hat. Von seiner in Usbekistan lebenden Familie hat er sich schon vor einigen Monaten mit dem Versprechen verabschiedet, sie nicht mehr anzurufen, um sie nicht in Gefahr zu bringen. Seine Kollegen aus der demokratischen Bewegung sind fast alle entweder in sicheren Drittländern oder spurlos in usbekischen Gefängnissen verschwunden.



Auch in Karasu, unweit von Andischan, erhob sich das usbekische Volk im Mai 2005. Islamisten sollen es aufgehetzt haben, sagt der Staat, der den Aufstand blutig niederschlug.

den Gefangenen während der Untersuchungshaft teilweise versagt worden sein.

Die Männer hatten in Russland Asyl beantragt, was aber von der Einwanderungsbehörde am 17. Januar 2006 abgelehnt wurde. Diese Entscheidung wurde in diesem Sommer von den Berufungsgerichten in der ersten und zweiten Instanz bestätigt. Als Mitglied des Europarats ist die Russische Föderation jedoch an internationales Recht gebunden. Zudem unterzeichnete Russland die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 sowie die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfrei-

legal als Unternehmer und Arbeitnehmer in Russland und wurden erst in Folge der Unruhen in Ostusbekistan als angebliche Beteiligte und Sympathisanten islamistischer Organisationen verhaftet.

Auf die 13 usbekischen Männer im Untersuchungsgefängnis Iwanowo warten laut Menschenrechtsorganisationen bei einer Auslieferung nach Usbekistan Folter, unfaire Prozesse sowie langjährige Haftstrafen oder auch Hinrichtungen. Gemäß dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) handelt es sich bei den 13 Usbeken daher um Mandatsflüchtlinge, die internationalen Schutzes bedürfen. Da

Rassismus von Fall zu Fall

Fortsetzung von Seite 1

„Wir haben noch nie so viele unterschiedliche Tendenzen beobachtet“, schrieb Galina Koschewnikowa, stellvertretende Direktorin des Sova Zentrums, kürzlich in einem Bericht. Handelte es sich denn in Kondopoga überhaupt um einen zwischenethnischen Konflikt? Jedenfalls sollte er nicht primär als solcher untersucht werden, erklärte das Sova Zentrum in einer Meldung. Die Analysten lasten die Hauptschuld der Polizei an, die bei der Massenschlägerei im aserbaidshanschen Café nicht einschritt.

Auch der Anwalt Anatolij Kutschere-na, Mitglied der Gesellschaftskammer, teilt diese Ansicht: „Die lokalen Behörden tun nichts, die Ordnungskräfte auch nicht, die Bevölkerung glaubt niemandem und in der Stadt gibt es keine gesellschaftlichen Organisationen“, erklärte er und fuhr fort: „Die ethnische Frage stellte sich erst später nach der Schlägerei. Nationalisten wollten Kondopoga als Versuchsgelände für weitere solche Aktionen nutzen.“ Anfang September veranstalteten rechtsextreme Organisationen in zahlreichen russischen Städten Solidaritätskundgebungen für die rund 37 000 Einwohner von Kondopoga, die sich ihrer Meinung nach vor ein paar Hundert Kaukasier fürchten müssen.

Die Rechnung der Nationalisten ging jedoch nicht ganz auf: Obwohl laut Umfragen die Mehrheit der russischen Bevölkerung der Losung „Russland den Russen“ zustimmt, zeigten die Kundgebungen, dass selbst der Nationalismus die Bürger nicht auf die Straße bringt. Nur ein paar Dutzend Personen nahmen jeweils an den Solidaritätskundgebungen teil. Die passi-

Kopzew-Urteil einen Präzedenzfall darstellt und eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Täter hat, muss sich weisen. Galina Koschewnikowa ist überzeugt, dass Kopzew die zusätzlichen drei Jahre nur auf Grund des öffentlichen Drucks in diesem Fall erhalten hat: „Solche Taten haben immer eine öffentliche Resonanz, aber Kopzew hat nicht agi-

mer noch lediglich bedingte oder nur kurze Haftstrafen verhängt, meint Koschewnikowa. Zudem würden solche Prozesse vor allem in den Regionen zunehmen, aber nicht in Moskau und St. Petersburg, wo sich die aktivsten rechtsextremen Szenen befinden.

Die Probleme liegen laut Koschewnikowa bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft, wo der Rassismus tiefe Wurzeln geschlagen habe. Nachdem ein afrikanischer Student in St. Petersburg erschossen wurde, sagte der Polizeichef, der sei selber schuld, wenn er in Nachtclubs gehe, anstatt im Studentenheim zu bleiben.

Parteilichkeit wird zudem auch bei Geschworenengerichten vermutet: Ende Juli sprachen die Geschworenen die drei mutmaßlichen Mörder eines kongolesischen Studenten in St. Petersburg frei. 50 Sympathisanten der Angeklagten begrüßten das Urteil mit Ovationen: „Danke den Geschworenen“ jubelten sie. Nicht die Geschworenen seien jedoch das Problem, sondern die Untersuchungsbehörden, sagt Koschewnikowa. Diese würden schlecht arbeiten und teilweise auch Beweise fälschen.

Mindestens 18 Menschen wurden in diesem Jahr bereits bei rassistisch motivierten Überfällen in Russland getötet. Laut Koschewnikowa hat sich die rassistische Gewalt in letzter Zeit qualitativ

verändert: Sie wurde demonstrativer und unverschämter. Erstmals kam es dabei zum Einsatz einer Schusswaffe. Erstaunlich ist laut Koschewnikowa auch die Fernsehpräsenz, die zum Beispiel dem Führer der „Slawjanskij Sojus“ (SS) Dmitrij Demuschkin gewährt wird.

Und bei allen widersprüchlichen Entwicklungen, die Analystin Koschewnikowa hat eine Gewissheit: „Die politische Elite Russlands ist viel mehr damit beschäftigt, die Opposition in Schach zu halten und den Druck auf demokratische Institutionen zu erhöhen, als die rassistische Propaganda zu bekämpfen, die viele besorgt, aber praktisch von niemandem verfolgt wird.“ Ende September schüttete der Geheimdienst-Chef Nikolaj Patruschew gar Wasser auf die Mühlen der Nationalisten: Die illegale Immigration habe die Merkmale einer organisierten und konspirativen kriminellen Tätigkeit angenommen, sagte er bei einer Sitzung des Nationalen Antiterroristischen Komitees, berichtete die „Nesawissimaja Gaseta“. In Russland wird daher wohl auch nach Kopzew und Kondopoga alles beim alten bleiben: Je nach politischer Wetterlage wird von Fall zu Fall entschieden. Eine einheitliche Rechtsprechung ist daher auch in Sachen Rassismus wohl nicht zu erwarten, selbst wenn die Gewalt weiter geht.

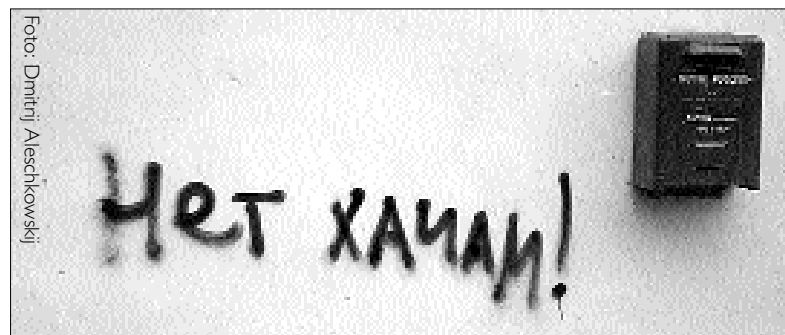


Foto: Dmitrij Aleschkowski

„Kaukasier raus!“. An eine Hauswand gesprayter Hass in Kondopoga.

tiert und den Rassismus damit nicht geschürt.“ Eine Änderung der Gerichtspraxis zeichnet sich zudem bereits seit längerem ab und Straftaten mit rassistischem Hintergrund und rechtsextreme Propaganda werden härter und öfter geahndet. In vielen Fällen würden aber im-